

I. Anmeldung

TOP:

Stadtrat

Sitzungsdatum 24.09.2014

öffentlich

Betreff:

EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) und kommunale Interessen

Antrag ÖDP Nürnberg/StR Schrollinger vom 18.02.2014

Antrag Linke Liste Nürnberg/StR Schüller vom 24.04.2014

Antrag Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2014

hier: Vertagungsbeschluss des Stadtrates vom 23.07.2014

Anlagen:

Entscheidungsvorlage

Auszug aus Städtetag aktuell Nr. 4: "Kommunale Daseinsvorsorge gehört nicht ins Freihandelsabkommen" von D. Raphael

Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie: "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA", April 2014

- Beilagen wurden bereits zur Sitzung des Stadtrates vom 23.07.2014 zugestellt -

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

ÖDP, Linke Liste und Bündnis 90/Die Grünen haben in Anträgen gebeten, das Thema EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) im Stadtrat in Bezug auf die kommunalen Belange zu thematisieren. Die Vorlage skizziert die wesentliche Grundzüge des Abkommens und beleuchtet die Hauptkritikpunkte sowie die Argumente der Befürworter des Abkommens. Stellungnahmen der kommunalen Interessensverbände ergänzen die Darstellung.

Als Beschluss des Stadtrates wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, eine schriftliche Bitte um weitere Einflussnahme auf den Verhandlungsprozess an den Deutschen Städtetag zu adressieren.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1a. Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja

Noch offen, weil

Kosten:

noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	<input type="checkbox"/> begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	<input type="checkbox"/> dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

Nein Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich

Ja Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

Nein

Ja im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

Nein Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich

Ja Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

Nein

Ja

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

Nein

Ja:

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

Ref. I / OrgA

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Stellendeckung vorhanden

Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

Ref. II / Stk

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Haushaltsmittel vorhanden

Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref. III**
- Ref. VII**
-

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. II**

Nürnberg, 05.09.2014
Finanzreferat

(2276)